

Sitzung vom 7. Oktober 1992

3047. Anfrage

Kantonsrat Rolf Krämer, Zürich, hat am 6. Juli 1992 folgende Anfrage eingereicht:

Im Geschäftsbericht 1991 des Regierungsrates (Sekretariat für Ausländerfragen) findet sich die Aussage, "die Tendenz zu rassistischem oder rassenverdrängendem Verhalten innerhalb der Wohnbevölkerung (sei) zunehmend".

Trifft es zu, dass eine solche Tendenz den Regierungsrat mit grosser Besorgnis erfüllt? Mit welchen geeigneten Mitteln in welchen Bereichen will er dieser Tendenz entgentreten?

Auf Antrag der Direktion des Innern

b e s c h l i e s s t d e r R e g i e r u n g s r a t :

I. Die Anfrage Rolf Krämer, Zürich, wird wie folgt beantwortet:

Die Kantonale Arbeitsgemeinschaft für Ausländerfragen Zürich (KAAZ) ist ein privatrechtlicher Verein, auf dessen Tätigkeit weder der Regierungsrat noch die Verwaltung Einfluss hat.

Der Zweck des Vereins ist gemäss Statuten, "als Informations- und Koordinationsstelle das gegenseitige Verständnis zwischen Schweizern und Ausländern zu fördern". Der Verein wird in seiner Arbeit durch den Kanton insofern unterstützt, als dieser die Kosten für das geschäftsführende Sekretariat trägt. Das Sekretariat ist administrativ der Direktion des Innern zugewiesen, weshalb im Rahmen von deren Geschäftsbericht auch über die Aktivitäten der KAAZ Bericht erstattet wird.

Das zur Anfrage Anlass bietende Zitat gehört zur Umschreibung des Auftrags an eine neu geschaffene Arbeitsgruppe des Vereins, welche prüfen soll, ob fremde Einflüsse tatsächlich nicht mehr ohne weiteres toleriert würden, und ist als Arbeitsthese zu verstehen.

Tendenzen zu zunehmend rassistischem Verhalten sind jedoch zweifelsohne vorhanden. Es sei in diesem Zusammenhang auf den Extremismusbericht des Bundesrates verwiesen, welcher die gesamtschweizerischen Verhältnisse darstellt. Beobachtungen im täglichen Leben zeigten aber auch der KAAZ, welche im steten Kontakt mit Vereinigungen und Organisationen von Ausländerinnen und Ausländern steht, dass als rassistisch zu bezeichnende Erscheinungen besonders in Städten wie Zürich, wo verschiedene vergleichsweise grosse Bevölkerungsgruppen mit sehr unterschiedlicher Lebensart und geographischer Herkunft nahe beieinander leben bzw. leben müssen, festzustellen sind.

Die neu geschaffene Arbeitsgruppe der KAAZ sucht Mittel, das Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in unserer Gesellschaft zu erleichtern. Sie versucht auch, Behörden, vor allem auf Gemeindeebene, welche in erster Linie von diesen Problemen betroffen sind, Anregungen zu geben, wie das Zusammenleben unterschiedlicher Nationalitäten positiver gestaltet werden könnte.

Ziel der KAAZ ist es, Wege und Lösungen zu finden, damit die Anwesenheit von Ausländern, welche im Kanton nahezu 20 % der Gesamtbevölkerung ausmachen (bei den 15-25jährigen beträgt der Anteil sogar rund 25%), von der schweizerischen Bevölkerung nicht als Bedrohung empfunden wird.

Der Regierungsrat kennt diese Tatsachen und Zahlen. Er ist sich auch der Gefahren bewusst, welche ein zunehmendes Nebeneinander statt eines Miteinanders der verschiedenen Bevölkerungsteile in sich birgt. Seine Möglichkeiten, wie auch diejenigen anderer Behörden, zur direkten Einflussnahme sind jedoch beschränkt. Er unterstützt jedoch allgemein entsprechende Bemühungen von Gemeinden und Privaten und insbesondere auch die Arbeit der KAAZ.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Regierungsrates und des Kantonsrates sowie an die
Direktion des Innern.

Zürich, den 7. Oktober 1992

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:
Roggwiller